

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

31.8.1931 (No. 201)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:

Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlshaus
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. Mend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Bekämpfung der Geldkrisis

Wir veröffentlichen diesen uns mit der Bitte um Abdruck übergebenen Artikel, da er einen beachtenswerten Vorschlag finanz- und steuerpolitischer Art enthält. Ob der Vorschlag zu verwirklichen ist, darüber wird die Reichsregierung zu entscheiden haben.

Zu Beginn der Krisis, die auch heute wohl noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat, wurde hier und da behauptet, daß einer der Hauptgründe in der Überproduktion der Wirtschaftsgüter zu suchen sei. Dieser verallgemeinernden Auffassung ist entgegenzutreten; denn es gibt auf die Dauer keine Überproduktion, da sich die Produktion stets ganz automatisch der Konsumkraft der Menschen anpaßt. Das Sinken der Kaufkraft ist es, das einen Zustand schafft, der zunächst wie Überproduktion aussieht. Die Verringerung der Kaufkraft, wie sie in der letzten Zeit beobachtet wird, ist in der Hauptsache auf andere Gründe zurückzuführen.

Die heutige Krisis ist vor allem eine Gold- und Kapitalkrisis, und wir haben ähnliche Vorgänge zu Ende des letzten Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten erlebt, wo plötzlich der Goldpreis stieg und dadurch ein großer Preissturz der Waren und eine Kaufkraftverminderung der Bevölkerung stattfand. Es ist heute so, daß der Goldpreis sich wesentlich erhöht hat, und zwar durch die wirtschaftlich nicht vertretbare Anhäufung der Goldvorräte in Paris und New York.

Da die gesamte Wirtschaft der Welt, mit ganz geringen Ausnahmen, auf das Gold als Wertmesser angewiesen ist, muß sich die Akkumulation eines großen Teiles der Weltgoldvorräte an zwei Stellen verhängnisvoll auswirken.

Die Nachfrage nach Gold wird bei allen Staaten immer vorhanden sein, so daß bei Verknappung der freien Goldvorräte die Goldpreise automatisch steigen müssen. Da das Gold als Wertmesser unserer Waren dient, müssen dann die Warenpreise heruntergehen, da ja nun eine größere Menge Waren notwendig ist, um dieselbe Menge Gold einzukaufen.

Das Gold ist aber schließlich auch nur eine Ware, und sein Preis richtet sich deshalb wie der Preis jeder anderen Ware nach Angebot und Nachfrage.

Man hat den Vorschlag gemacht, wieder eine Doppelwährung einzuführen, d. h., das Silber in ähnlicher Weise als Notendeckung und internationales Zahlungsmittel zu benutzen, wie das Gold. Das dürfte aber heute nicht durchzuführen sein, da der Silberpreis bis jetzt eine gegenläufige Tendenz, wie der Goldpreis hatte; d. h., er ist dauernd heruntergegangen und hat heute einen Tiefstand erreicht hat, wie noch nie. Wenn man nun dem Silber diese neue Funktion geben wollte, würde in die Weltwirtschaft noch ein zweites, unsicheres Moment hineingetragen werden, da der Silberpreis bei Einführung der Doppelwährung sofort ansteigen und dann ganz ähnliche Erscheinungen hervorrufen würde, wie das Steigen des Goldpreises.

Man hat einen anderen Vorschlag gemacht, der sehr diskutabel erscheint. Man will die Gebäudesondersteuer, die sowieso zum Tode verurteilt wäre, vom Frühjahr ab kapitalisieren, und zwar in der Weise, daß bei jedem Grundstück der dreifache Jahresbetrag der bis jetzt bezahlten Steuern in das Grundbuch als Belastung eingetragen wird. Diese Staatshypothek würde mit 5 Prozent verzinst werden, und man hätte auch die Möglichkeit, sie zu tilgen. Dadurch würde der Reichsbank ein Kapitalfonds von zirka 6 Milliarden zur Verfügung gestellt werden, was eine ungeheure Erleichterung unserer Währungs- und Kreditverhältnisse bewirken würde. Für einen Teil der 6 Milliarden könnten wieder Rentenbankcheine ausgegeben werden; und wir hätten dann eine Doppelwährung. Eine Währung für den inneren Verkehr, basierend auf den 6 Milliarden eingetragenen Staatshypotheken, und eine äußere, gedeckt durch Gold und Devisen.

Mit einer solchen Aktion wäre erstens dem Hausbesitz gebietet, der heute am Erliegen ist, und der seine früheren Funktionen als Kapitalstücker (durch Aufnahme von Hypotheken) infolge des Sinkens der Hauspreise und Steigens der steuerlichen Belastung größtenteils verloren hat. Andernteils würde eine Kapitalmenge geschaffen, die uns eine Bekämpfung der Kapitalkrisis gestattet und bei Verhandlungen mit unseren ausländischen

Letzte Nachrichten

Der Kongreß der Freien Gewerkschaften Eine Rede Stegerwalds

W.D. Frankfurt a. M., 31. Aug. (Tel.) Der Kongreß der Freien Gewerkschaften wurde am Montagvormittag durch den Bundesvorsitzenden im Beisein von Delegierten, die insgesamt 7 Millionen Gewerkschaftsmitglieder vertreten, eröffnet.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald nahm dabei in einer Rede zu den gegenwärtigen wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Problemen Stellung. Er führte u. a. aus, gegenwärtig stehe neben Staat und Wirtschaft auch die deutsche Sozialpolitik vor der größten Krise seit ihrem Bestehen. Man dürfe sich nicht der Illusion hingeben, als ob die Weltkrisis und mit ihr das deutsche Arbeitslosenproblem in kurzer Zeit bewältigt werden könnten. Die Arbeitslosenfrage würde aber insbesondere von der Einnahmeseite der sehr stark auf Bestand und Leistungsfähigkeit der übrigen Sozialversicherung zurückzuführen.

Nachdem Dr. Stegerwald die Entwicklung der Arbeiterklasse dargestellt hatte, hob er hervor, daß die erste Aufgabe der nächsten Wochen und Monate darin bestünde, wie bei knapper Geld- und Devisenbasis die Wirtschaft aufrechterhalten und ihr, wenn auch nur ein langsame, Antrieb gegeben werde. Er sei der festen Überzeugung, daß das, was in den letzten Jahren von der deutschen Wirtschaft auf den verschiedenen Gebieten gefordert worden sei, von ihr gar nicht geleistet werden könnte. Die Siegerstaaten hätten versucht, die deutschen politischen Erbschaften zu kommerzialisieren, was sich nunmehr als unmöglich und undurchführbar herausgestellt habe.

Neben der Sozialversicherung sei noch immer das Schlichtungswesen stark umstritten. Ein Verzicht auf die staatliche Schlichtung scheine — so erklärte der Redner — ausgeschlossen. Man benötige die staatliche Schlichtung nicht nur zur Verhütung vermeintlicher Arbeitskämpfe, sondern auch zur Stützung der kollektiven Arbeitsverfassung. Über die zweckmäßige Gestalt des Schlichtungswesens könne diskutiert werden. Heute könne, so betonte Dr. Stegerwald, nur gesagt werden, daß eine gesetzliche Änderung zur Zeit nicht beabsichtigt sei, und wenn sie im Rahmen eines Gesamtprogramms ins Auge gefaßt werden sollte, werde dies keinesfalls geschehen, ohne daß die Frage mit den Gewerkschaften nochmals gründlich durchgesprochen werde.

Gegenwärtig stehe es sehr unangenehm um die gesetzliche Sozialversicherung. Man müsse damit rechnen, daß sie im Jahre 1932 ohne die Arbeitslosenversicherung rund 1-1/2 Milliarden Reichsmark weniger Einnahmen haben werde, als im Jahre 1929. Ob mit den seitherigen Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung und mit der jetzt geltenden Kräftesteuer bei größter Sparsamkeit die Arbeitslosen über den nächsten Winter hinweggebracht werden können, sei noch zweifelhaft. Wenn aber schon jetzt 20 Prozent des Grundlohnes an Beiträgen zur Sozialversicherung und zur Kräftesteuer erhoben würden, wenn die Steuerquellen des Reiches, der Länder und Gemeinden im Hinblick auf Deutschlands Gesamtlage fast alle bis auf den letzten Grund ausgeschöpft seien, wenn man um eine Deflation- oder Redeflationspolitik mit allen ihren verhängnisvollen Folgen — nicht herumkomme, dann mehrten sich die Sorgen des Arbeitsministers.

Zur Arbeitszeitfrage bemerkte der Minister, daß er eine Änderung auf der ganzen Linie nicht in Aussicht stellen könne, da diese Frage tief in den deutschen Wirtschafts- und Kreditbau eingreife.

Der letzte große Fragenkreis, den der Minister erörterte, enthielt das Arbeitslosenproblem. Es sei schwer, über den zukünftigen Umfang der Arbeitslosigkeit in Deutschland Ziffern zu nennen. Man müsse damit rechnen, daß in den nächsten sieben Monaten Reich, Länder und Gemeinden an zwei Milliarden Reichsmark für die Arbeitslosen werden aufbringen müssen. Man werde u. a. prüfen müssen, inwieweit Arbeitszeitverkürzungen ohne starke Gefährdung der Ausfuhr durchgeführt werden können; inwieweit periodische Auswechslungen einer Belegschaft mit Arbeitslosen möglich seien und inwieweit eine „Naturalberpflegung“ zur Einführung gelangen könne.

Landtagseinberufung unvermeidlich. Nachdem die Kommunisten jetzt im Preussischen Landtag einen Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium eingebracht haben, ist die Einberufung des Landtags unvermeidlich geworden. Der Preussische Landtag muß innerhalb der nächsten 14 Tage zusammentreten.

Die Geldgebern eine wesentliche Rückenstärkung bringen würde.

Alle diese Selbsthilfemaßnahmen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der momentane Zustand der Goldverteilung schnellstens geändert werden muß. Es ist eine Unmöglichkeit, daß industriell und wirtschaftlich hoch entwickelte Nationen, wie Deutschland und England, in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung dauernd durch einen Staat gehindert werden, der, wie Frankreich, sich als Wirtschaftsinfel fühlt und glaubt, sich über allgemein gültige, internationale Wirtschaftsregeln hinwegsetzen zu können.

* Nochmals „Das Landestheater und sein Defizit“

Daß man sich in den Kreisen der Karlsruher Bürgerschaft über die Notwendigkeit einer Beseitigung des Landestheater-Defizits völlig im klaren ist, beweisen u. a. längere Zuschriften, die jetzt von der „Badischen Presse“ in ihrem gestrigen Sonntagsblatt veröffentlicht werden, nachdem das genannte Blatt am Mittwoch unsere eigenen Ausführungen zu der Angelegenheit fast wörtlich abgedruckt hatte.

Inzwischen war der Karlsruher Ortsverband der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger mit einem Schreiben an die Öffentlichkeit getreten. Und auch der Inhalt dieses Schreibens hat zweifellos die Bürgerschaft in ihrer bisherigen Meinung nur bestärkt, daß unbedingt etwas tief Einschneidendes geschehen muß, um einerseits die Stadt Karlsruhe von der Zahlung eines Zuschusses in Höhe von mindestens 700 000 RM pro Jahr zu befreien und andererseits doch die Existenz des Theaters zu retten. Das Schreiben der Bühnengenossenschaft hat deshalb diese Wirkung innerhalb der Bürgerschaft gehabt, weil es gewissermaßen an einem Schulbeispiel zeigt, wie man es nicht machen muß.

Zunächst war es eine überlebensgroße Torheit, den Publizisten, die sich auf Grund einer langjährigen Vertrautheit mit der Materie pflichtgemäß mit der Finanzmühsere des Landestheaters beschäftigten, zuzurufen, sie seien „Außenstehende“, man solle gefälligst die Lösung des Problems „den Fachleuten überlassen“. Sehr richtig wird in einer der Zuschriften an die „Bad. Presse“ dieser Auffassung aufs entschiedenste widersprochen. Die Forderung, die Lösung des Problems den Fachleuten zu überlassen, sei schon allein deswegen abwegig, weil es diese Fachleute trotz dringender und ernster Mahnungen bisher unterlassen hätten, von sich aus dafür zu sorgen, daß das Millionen-Defizit aus dem Etat des Landes und der Stadt verschwindet. Es zeuge von einer merkwürdigen Einstellung, wenn man glaube, man könne die freie Meinungsäußerung in dieser Angelegenheit unterbinden mit dem kategorischen Imperativ: **Zahlen und Mund halten!** Man überlese dabei, daß das Defizit von der Allgemeinheit getragen werde, also vielfach auch von Steuerzahlern, denen die Abgabe von einigen Mark schon sehr schwer fällt.

Soweit der Einsender der „Badischen Presse“. Seinen Worten ist kaum etwas hinzuzufügen. Höchstens der Ausdruck der Verwunderung, daß eine mehr als gebuldige Bürgerschaft sich Jahre und Jahre lang ein derartiges Defizit hat gefallen lassen. Wenn dieses Defizit nicht verschwindet, braucht jedenfalls unter den Karlsruher Steuerzahlern die Frage nicht mehr aufgeworfen zu werden, warum sich die Finanzen der Stadt — abgesehen von der Belastung durch die Erwerbslosenfürsorge — in einer so schwierigen Lage befinden, und warum die direkte und indirekte Besteuerung durch die Stadt so hoch ist. In einer Zeit, die mit 7 Millionen Arbeitslosen für den Winter zu rechnen hat, wäre es in der Tat sträfliche Leichtfertigkeit, wenn man für einen Theaterbetrieb 1,2 Millionen Reichsmark Zuschuß pro Jahr bezahllen wollte.

Auch von dem Einsender in der „Badischen Presse“ werden die guten Leistungen der einzelnen Künstler anerkannt. Und es wird daraus gefolgert, daß gerade die Künstler wahrlich keine Ursache hätten, sich gegen Anregungen von außen her zu wenden, die den Zweck haben, das Karlsruher Landestheater zu erhalten, allerdings ohne die horrenden Zuschüsse, die bis jetzt notwendig waren. Daß wir selbst die Leistungen einzelner Künstler stets mit der größten Freude anerkannt haben, weiß jeder Leser unserer Zeitung. Aber wir müssen gleichzeitig gestehen, daß wir solche Leistungen innerlich eigentlich immer für eine Selbstverständlichkeit gehalten haben. Denn, wenn bei einem so üppig ausgestatteten Etat wie dem des Landestheaters, die allgemeine, künstlerische Leistung zu allgemeinem Tadel Anlaß geben würde, dann würde sich zu der finanziellen Misere auch noch der künstlerische Skandal gesellen.

Zum Schluß wendet sich der zitierte Einsender gegen die Art und Weise, wie von der Bühnengenossenschaft die Durchschnittsgagen in der Oper und in dem Schauspiel berechnet worden sind. Die Bühnengenossenschaft hatte nämlich bei der Oper von vornherein die vier höchsten Gagen, die allein etwa 100 000 RM. ausmachen, aus der

Berechnung angeschlossen, andererseits aber die relativ niedrig bezahlten Tänzerinnen des Balletts, die Eleven, die Statisten usw. miteinbezogen. Es ist klar, daß sich so ein Durchschnittsgehalt pro Monat ergeben mußte, das für eine wirklich vernünftige Beurteilung der Sachlage vollkommen unbrauchbar ist. Nämlich 361 RM. Jedenfalls ist es erklärlich, daß der Einsender der „Badischen Presse“ meint, man könne über eine derartige Durchschnittsberechnung nur den Kopf schütteln!

Ein anderer Einsender in der „Badischen Presse“ hat sich zu der wichtigsten Frage geäußert, nämlich zu der Frage der Verpachtung des Landestheaters. Auch wir halten ja diese Frage für die allerbedeutendste. Denn, wenn auch nach Maßgabe der letzten Notverordnung „zur Sicherung der Haushalte“ das Defizit nur beseitigt werden kann, solange das Theater noch nicht an einen Privatmann verpachtet ist, so besteht doch wohl kaum ein Zweifel darüber, daß das dann eben beseitigte Defizit sehr bald wiederkehren würde, wenn man es bei dem jetzigen Verwaltungssystem beläßt.

Der zweite Einsender in der „Badischen Presse“ weist mit Recht darauf hin, daß es ein ganze Reihe von angesehenen Theaterern gibt, die sich in den Händen von Privatunternehmern befinden und nicht nur finanziell, sondern auch künstlerisch besser abschneiden als staatliche und städtische Theater. Er beruft sich dabei auf das Theater in Heidelberg, das neuerdings ein Privatbetrieb ist. Der Intendant erhalte einen Barzuschuß von 25 000 RM. Und das Geschäft gehe sehr gut. Die künstlerischen Leistungen seien so, daß sie einen Vergleich mit Karlsruhe aushalten könnten. Ja, die Heidelberger Bürgerschaft bekomme jetzt in ihrem dortigen Theater hervorragende Künstler von außerhalb zu sehen, die man in der Landeshauptstadt nur vom Hörensagen kennt!

Leider ging auch das Schreiben der Bühnengenossenschaft von der nicht gerechtfertigten Auffassung aus, ein jedes Privattheater müßte ein fadenscheiniges Amüsiertheater werden. Eine solche Auffassung ist natürlich falsch. Zumal in Karlsruhe, wird ein jeder Theaterdirektor, und ganz besonders ein Pächter, mit der Tatsache zu rechnen haben, daß ein großer Teil des Karlsruher Publikums gediegene Kost verlangt. Ein anderer Teil allerdings nicht. Darin besteht ja gerade die Kunst des Theaterleiters, einen Spielplan zu entwerfen, der allen Wünschen eines weitestgehenden Publikums gerecht wird. Denn nur so lassen sich gute Geschäfte machen. Was aber den Spielplan in Karlsruhe anlangt, so wirft der zweite Einsender der „Badischen Presse“ auch seinerseits die Frage auf, was denn dieser Spielplan gebracht habe. Er beantwortet die Frage allerdings nicht, sondern meint, es sei vielleicht besser, darüber zu schweigen. Nun, wir wollen auch schweigen. Was dieses Schweigen indessen zu bedeuten hat, zeigen am besten die Kassenergebnisse des Landestheaters.

Das Karlsruher Landestheater wird nur dann in einer Dauer verpachtenden Weise saniert, und d. h. für die Zukunft gerettet werden können, wenn kaufmännisch und organisatorisch ein ganz anderer Geist dort einzieht. Vor allem muß der Glaube, man könne sich für alle Ewigkeit auf Zuschüsse verlassen, mit Rumpf und Stumpf beseitigt werden. Und dazu würde gehören, daß man endlich von jenen Rechnungsführern Abschied nimmt, bei denen hier und da ein kleiner Abstrich gemacht wird, um auf der andern Seite zugleich neue Wucher im Etat entstehen zu lassen, wie sie genommen zu werden verdient. Die Bürgererschaft Karlsruhes wird es sicherlich dankbar empfinden, wenn sie von den Lasten jenes Defizits befreit wird, und sie wird es verständnisvoll hinnehmen, wenn dann in der nächsten Zukunft an einzelnen Stellen jener neue Etat der Sparbarkeit auch sichtbar in Erscheinung treten sollte. Unbedingt nötig ist das nicht. Grundsätzlich braucht die künstlerische Leistungshöhe nicht verringert zu werden! C. Amend.

Errichtung eines Instituts für langfristige Kredite

Der Bericht, den das Komitee der Wirtschaftssachverständigen für die Tagung des Europa-Ausschusses ausgearbeitet hat, stellt in seinem einleitenden Teil fest, daß die Voraussetzung für eine Besserung der wirtschaftlichen Lage namentlich in Europa die Herstellung einer größeren Freiheit in dem Umlauf der Waren, des Kapitals und der Arbeit ist. In dem finanzpolitischen Teil werden die schweren Schäden unterstrichen, die sich daraus ergeben, daß langfristiges Kapital dort keine Anlage findet, wo es produktiv angelegt werden könnte und müßte. Es wird die Errichtung eines Instituts für langfristige Kredite, an das sich private Unternehmen und öffentliche Gesellschaften wenden können, vorgeschlagen. In dem wirtschaftspolitischen Teil werden die Vorteile von internationalen Industrievereinigungen geschildert, aber betont, daß kein künstlicher Druck auf die Schaffung von Industriearbeitsstellen ausgeübt werden dürfe.

In Genf

Der österreichische Botschafter Dr. Schöber besuchte am Sonntagmorgen den deutschen Außenminister. Der Herr Schöber hatte einen ersten vorläufigen Meinungsaustausch über die Interessen ihrer Länder berührenden Fragen. Da der französische Außenminister Briand noch schonungsbedürftig ist, wird er sich nicht vor Beginn der Vollversammlung des Völkerbunds nach Genf begeben.

Ausgleich des Haushalts der Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten werden demnächst langfristige Bonds im Gesamtbetrag von 1100 Millionen Dollar ausgeben. Die amtliche Ankündigung des Schatzamtes besagt, daß die Bonds zu drei Proz. verzinst und innerhalb 24 Jahren fällig sein werden. Mit dieser Maßnahme hofft man, das 903 Millionen Dollar betragende Defizit des letzten Jahres auszugleichen.

Der 70. Deutsche Katholikentag

Den Höhepunkt der Veranstaltungen anläßlich des Deutschen Katholikentags in Nürnberg bildete am Sonntagvormittag der Festgottesdienst im Stadion, an dem etwa 100 000 Personen teilnahmen. Unter den Ehrengästen bemerkte man die Minister Dr. Wirth, Dr. Stegerwald und Dr. Schädel, die Staatspräsidenten von Württemberg und Baden, den österreichischen Unterrichtsminister Czernak, sowie viele geistliche Würdenträger. Der Erzbischof von Bamberg hielt die Festpredigt. Darauf gelebte der Apostolische Nuntius die Pontifikalmesse.

Am Nachmittag fand im Stadion eine große Kundgebung der katholischen Jugendverbände statt, an der ebenfalls eine große Zuschauermenge teilnahm. Von der Tribüne aus appellierten in verschiedenen Ansprachen die Führer der katholischen Jugendverbände an die Jugend, der katholischen Bewegung auch weiterhin die Treue zu bewahren und für die Jugendverbände zu werden.

Den Abschluß des 70. Deutschen Katholikentages bildete dann die große öffentliche Schlussversammlung, die sich an die Jugendkundgebung angeschlossen. Dr. Gipp-Regensburg hielt einen Vortrag über das Thema: „Der Christ in den sozialen Kämpfen der Gegenwart“. Der Vorsitzende des Katholikentages, Reichstagsabgeordneter Joos, Köln, dankte allen denen, die zum Gelingen des Deutschen Katholikentages in Nürnberg beigetragen haben. Zum Schluß spendete der Erzbischof von Bamberg der Versammlung den oberhirtlichen Segen.

Von den Sonderveranstaltungen im Rahmen des Katholikentages seien u. a. hervorgehoben die Versammlung der katholischen Arbeiter und Männer, in der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald eine Ansprache hielt. Der Minister erklärte u. a., ohne die Befriedigung Europas könne die Krise nicht gemeistert werden. Voraussetzung für die Befriedigung Europas sei aber die Anerkennung der Gleichberechtigung der europäischen Großstaaten.

Ferner veranstaltete im Rahmen der 70. Generalversammlung der deutschen Katholiken der bayerische Christliche Bauernverein zum erstenmal eine große Kundgebung, auf der der Präsident Dr. Heim, der bayerische Landwirtschaftsminister und der Reichsminister a. D. Dr. Hermes sprachen.

In der geschlossenen Versammlung der Teilnehmer am Katholikentag wurden verschiedene Entschlüsse einstimmig gefaßt, die u. a. besagen: Aufgabe der deutschen Politik ist es, die Lebensgehalte anzuerkennen und die Natur, aus der die Erhaltung und Aufwärtsentwicklung eines jeden Volkes beruht, zur Geltung zu bringen. Im Sinne der Enzyklika Quadragesimo ist der weiteren Proletarisierung der Arbeiterschaft und dem Abinken des selbständigen Mittelstandes entgegenzuwirken. Wichtige geistliche Maßnahmen zur Volkserziehung sind u. a. die Verbesserung des Bodenrechts und die planmäßige Förderung des Wohnungsbauwesens, des Heimstätten- und Siedlungswesens. Die zerstörende Propaganda des Bolschewismus ist mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. Wirtschaftliche und außenpolitische Rücksichten dürfen keineswegs der planmäßigen Unterwühlung unseres Volkstums freie Bahn geben. Gegen die Freidenker- und Gottlosenbewegung ist die in der Reichsverfassung verbriefteste Vorzugstellung der christlichen Religion mit allen gesetzlichen Mitteln zu verteidigen. Die Zusammenarbeit der Katholiken mit den anderen christlichen Konfessionen zur Erhaltung christlich-sittlichen und deutschen Volkstums ist eine vaterländische Notwendigkeit. Die gangbaren Wege müssen von Fall zu Fall ermittelt werden.

Die Versammlung beschloß einstimmig als Ort für den nächsten Katholikentag 1932 Essen zu wählen.

Schließlich wurde zur Lage in Spanien einstimmig ein Telegramm an den Apostolischen Nuntius in Madrid geschickt, das den Glaubensbrüdern in Spanien den Ausdruck treuester Anteilnahme übermittelt.

Huldigungstelegramm des Katholikentages an den Reichspräsidenten

BRN. Berlin, 31. Aug. (Tel.) Der Präsident des Deutschen Katholikentages hat an den Reichspräsidenten nachstehendes Telegramm gerichtet: „Viele Tausende deutscher katholischer Männer und Frauen, die zur 70. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Nürnberg versammelt sind, entbieten dem hochverehrten Herrn Reichspräsidenten ihre wärmsten Grüße und versichern ihn ihrer opfertruen Mitarbeit in dieser schweren Zeit. Joos, Präsident.“

Der Reichspräsident hat mit nachstehendem Telegramm geantwortet: „Den Teilnehmern am 70. Katholikentag in Nürnberg danke ich für das freundliche Meingedenken und das Gelöbnis opfertruer Mitarbeit. Ich erwidere die Grüße mit dem herzlichsten Wunsch, daß Ihre Arbeiten dazu beitragen mögen, Zuversicht und Gottvertrauen in unserem Volke zu festeren und den Geist brüderlicher Eintracht und treuen Zusammenhaltens zu fördern. v. Hindenburg, Reichspräsident.“

Kommunistischer Antrag auf Reichstagsseinberufung

BRN. Berlin, 31. Aug. (Priv.-Tel.) Der kommunistische Abgeordnete Torgler hat heute vormittag im Auftrag der kommunistischen Reichstagsfraktion an den Präsidenten Lohde einen Brief gerichtet, in dem die sofortige Einberufung des Reichstages gefordert wird. Es ist damit zu rechnen, daß der Kleinstenrat Ende dieser oder Anfang nächster Woche zusammentreten wird.

Goebbels über die Verantwortung im Reich

Die Nationalsozialistische Partei veranstaltete in Essen einen Auszugstag, dessen einzelne Kundgebungen einen starken Besuch aufwiesen. Dr. Goebbels betonte, daß zwischen dem Deutschland von heute und dem Deutschland von morgen unter Hitlers Führung keine Verständigung möglich sei; die Nationalsozialistische Partei denke nicht an die Übernahme der Verantwortung im Reich und in Preußen, solange noch ein Sozialdemokrat sich in einer verantwortlichen Stellung befindet.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Samstag, nachts 21.36 Uhr, unter Führung Dr. Odeners zur Südamerikafahrt gestartet. Das Luftschiff erreichte um 4.50 Uhr am Sonntag früh das Mittelmeer und fuhr an der spanischen Ostküste entlang. „Graf Zeppelin“ erreichte gegen 17 Uhr die nordafrikanische Küste bei Tanger und hatte um Mitternacht die Kanarischen Inseln passiert. Das Luftschiff fuhr bei früherer Morgenbrise mit 145 Kilometer Stundengeschwindigkeit.

Zwei Familientragödien ereigneten sich am Sonntagabend in München. In beiden Familien dürften wirtschaftliche Sorgen der Grund sein. Durch Was vergiftet aufgefunden wurden am Sonntagabend ein 27 Jahre alter Buchdruckereibesitzer, der sich erst vor einigen Jahren selbständig gemacht hatte, und seine 23jährige Ehefrau. Im zweiten Falle hat ein 60 Jahre alter Papierfabrikant nach 30jähriger Ehe sich und seine Ehefrau erschossen.

Ein Sanierungsvorschlag Silberbergs

In der kommenden Nummer des „Deutschen Volkswirt“ macht der Generaldirektor der Rheinischen Braunkohlenwerke, Silberberg, einen interessanten Vorschlag für die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Er will zunächst die kurzfristige Verbindlichkeiten der Gemeinden, die etwa zwei Milliarden insgesamt betragen, vom Reich übernommen und durch siebenprozentige Reichsschatzanweisungen abgelöst wissen. Das Reich soll dann seine gesamten, durch diese Transaktion auf etwa 12,5 Milliarden Reichsmark angewachsenen Verbindlichkeiten, die in Höhe und Laufzeit sehr stark unterschieden aufweisen, in eine steuerfreie 4 1/2-prozentige Reichsanleihe konvertieren.

Silberberg faßt seine Vorschläge in vier Punkten zusammen: 1. Sämtliche deutschen Banken und Bankiers werden verpflichtet, ihre kurz- und mittelfristigen Markforderungen gegen Länder und Gemeinden an das Reich (Reichsschatzenverwaltung) zu übertragen. Diese Forderungen belaufen sich auf zwei Milliarden Reichsmark. 2. Das Reich deckt den Kaufpreis für diese Forderungen durch siebenprozentige, fünf Jahre laufende Reichsschatzanweisungen ab. 3. Die Reichsschatzenverwaltung trifft mit den Ländern und Gemeinden Vereinbarungen über die Verzinsung und Tilgung der Schulden. 4. Zu angemessener Zeit, aber möglichst bald konsolidiert das Reich seine gesamten Inlandsschulden, einschließlich der neuen Verpflichtungen aus Schatzanweisungen aus dieser und der Transaktionen der letzten Zeit in eine einheitliche 4 1/2-prozentige steuerfreie Reichsanleihe, welche mit einem halben Prozent amortisiert wird.

Für den Zinsen- und Tilgungsdienst dieser konsolidierten Reichsanleihe wird der autonome Reichsschatzenverwaltung die Umsatzsteuer überwiesen. Wenn die Gemeinden auf diese Weise vom Reich von ihren drückenden Verbindlichkeiten befreit sind, soll als Gegenleistung die Kreditaufsicht erheblich verschärft werden. Dabei stellt Silberberg drei Grundsätze auf: 1. Den Gemeinden dürfen nur Kassaerlöse im Ausmaß von 5 RM. auf den Kopf der Bevölkerung ohne besondere Genehmigung erlaubt sein. 2. Jede nichtgenehmigte Kreditaufnahme über 5 RM. auf den Kopf der Bevölkerung hinaus soll rechtsunfähig sein. 3. Der Gemeindevorstand, der diese Vorschrift übertritt, soll, wie in England, schadensersatzpflichtig und strafbar sein.

Keine neuen Steuern

Gegenüber Pressemeldungen und Gerüchten in politischen Kreisen, die Reichsregierung wolle sich in der neuen Woche der Aufgabe zuwenden, „zusätzliche Einnahmequellen“ zu schaffen, die den Geldbedarf der Erwerbslosenfürsorge decken sollen, erfahren wir von unterrichteter Seite, daß die Pläne der Reichsregierung keine neuen Steuern vorsehen, die das jetzige Steuervolumen überschreiten.

Bekanntlich sind die Ermägungen, ob es zweckmäßig ist, die Hauszinssteuer abzubauen, nicht ganz neu. Sollten sie zu einem praktischen Ergebnis führen, so wäre es natürlich nötig, den dadurch entstehenden Einnahmeausfall aus anderen Quellen auszugleichen. Das bedeutet aber nicht, daß die Reichsregierung oder der Reichsfinanzminister die Absicht hat, „wieder neue Steuern“ zu verordnen, die die bisherigen Steuerlasten noch vermehren. Vielmehr könnte es sich im ganzen gesehen nur um Umstellungsmassnahmen handeln, die geeignet sind, die Gesamtlage auf steuerlichem und wirtschaftlichem Gebiet zu erleichtern. Zusätzliche Steuern sind also nicht beabsichtigt. Im Augenblick liegt auch keine Notwendigkeit dazu vor.

Die Forderungen der Winzer auf dem Weinbankkongress

Auf dem 37. Deutschen Weinbankkongress in Bingen wurden die folgenden Forderungen an die zuständigen Reichs- und Staatsbehörden aufgestellt:

1. Einwirkung auf die Kreditinstitute auf Schonung des Weinbaues bei der Zinsberechnung und Einziehung fälliger Kredite, damit der Druck auf die Weinbauer, welcher schon jetzt ein nicht zu verantwortendes Abfinden der Preise herbeiführt, abgewendet wird;

2. Vereinfachung von Mitteln zur Senkung der Zinskäufe für die Kredite, die Weinbau- und Weinhandel zum Eingreifen in das Herbstgeschäft in der üblichen Weise benötigen, insbesondere auch die Wingergenossenschaften in die Lage versetzen, wie seither, die Weine zum Teil im Herbst dem Markt fernzuhalten;

3. Aufhebung der Zuckersteuer für den zur Weinverbesserung benötigten Zuder. Diese Maßnahmen seien sofort, und zwar noch im Laufe des Monats September, zu ergreifen. Für die Zukunft seien darüber hinaus aber noch zur Einleitung einer dauernden Besserung folgende Aktionen notwendig:

1. Die Förderung einer planmäßigen Absatzgestaltung, welche die wichtigste Grundlage einer Wiedergewinnung darstellt; 2. Einleitung einer Entschädigung für die noch gesundungsunfähigen Weinbaubetriebe und dabei endgültige und vollständige Niederlegung der Wingerkredite; 3. Senkung der Frucht- und Kollektzölle für Weine, insbesondere auch Senkung des Stückzolltarifes für den Kleinverkauf; 4. Ablauf der Gemeindegetränksteuer für Weine zum fristgemäßen Termin zum 31. August 1932.

Der chinesische Außenminister Wang ist in Berlin eingetroffen. Er wird sich einige Tage in Berlin aufhalten und sodann nach Genf weiterreisen.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Peter Gemeinder, der Gauleiter der Nationalsozialistischen Partei im Bezirk Hessen, ist am Samstagabend plötzlich verstorben. Gemeinder hatte am Abend noch in einer großen Versammlung in der Mainzer Stadthalle gesprochen. Nach Schluß der Versammlung wurde Gemeinder von einem Herzschlag getroffen, dem er kurze Zeit darauf erlegen ist.

Kommunistische Sabotageversuche und Streikunruhen. Bei der Dresdener Straßenbahn sind einige Sabotageakte verübt worden. Unter anderem waren auf verschiedenen Bahnhöfen von einer Anzahl Wagen die Schalturben entfernt worden. Auf dem Straßenbahnhof Coswig waren Weiden verschlossen. Erstere Zwischenfälle wurden vermieden. Eine Anzahl von Personen wurde festgenommen, darunter auch der kommunistische Stadtrat Gruner, der als der Haupttäter der ganzen Bewegung von der Polizei angesehen wird. Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition und kommunistisch beeinflusste Erwerbslose versuchten, Arbeitswillige, Postkassenarbeiter und Stenographen der Fuhrparkdepot in Köln an der Arbeitsaufnahme zu hindern. Es kam sogar zur Mißhandlung eines Arbeitswilligen.

Nachwahl soll kein Mandat niederlegen. Die Lokalorganisation der Labour Partei in Seaham, dem Wahlort Macdonalds, hat diesen durch eine einstimmig in einer Sitzung gefaßte Resolution aufgefordert, sein Abgeordnetenmandat niederzulegen.

Badischer Teil

Zehn Jahre Polizeidirektion Heidelberg

Am 30. August 1931 waren es zehn Jahre, daß Polizeidirektor Athenstaedt an der Spitze der Polizeiverwaltung Heidelberg steht. Mit seinem Amtsantritt im Jahre 1921 begann auch für Heidelberg die in anderen badischen Städten schon in den Jahren vor dem Kriege in die Wege geleitete Um- und Ausgestaltung der Polizeiverwaltung zu der heutigen modernen Organisation. Der Polizeidirektion Heidelberg unterstehen insgesamt circa 500 Beamte. Auch in Heidelberg ist unter der zielbewußten und energischen Leitung des Polizeidirektors Athenstaedt der Aufbau der Einheitspolizei durchgeführt; die Heidelberger Polizei ist sowohl im Einzeldienst wie im geschlossenen Einsatz in der Lage, den ihr im Interesse des Staates und der Allgemeinheit gestellten Aufgaben gerecht zu werden.

Trübe Erfahrungen bei der Kapitalflucht

Im Verlaufe der deutschen Finanzkrise hatte eine Anzahl Deutscher, vor allem aus den Holland benachbarten Provinzen, versucht, Spargelder im neutralen Ausland anzulegen. Diese Kapitalflucht machte sich, wie nach und nach festgestellt wurde, eine Reihe obkurrer niederländischer Bankgeschäfte und sogenannter Finanzmakler zunutze, indem sie den deutschen Kleinkapitalisten ihre Vermittlung anboten. Dabei ist eine ganze Anzahl deutscher Sparer gefährlichen Betrugern zum Opfer gefallen, die ihnen die Vermittlung von Dividenden oder die Unterbringung von in Marktnähe lautenden Beträgen zu hohen Zinssätzen als Hypothekengelder oder in Form von anderen Investitionen in den Niederlanden in Aussicht stellten. Als warnendes Beispiel wird im „Tag“ auf den in den letzten Tagen bekanntgewordenen Fall eines Fleischermeisters aus Dortmund hingewiesen, der von einem deutschen Kaufmann, der für ihn für 35 000 RM. Gulden kaufen sollte, um den gesamten Betrag gebracht wurde.

Wie weiter mitgeteilt wird, hat in den letzten Tagen eine Anzahl deutscher Staatsangehöriger Strafantrag gegen niederländische Bankiers, Finanzmakler, Hypothekenschnittler und Kaufleute wegen begangenen Betrugs gestellt. In Frage kommen ausnahmslos Schwindelmandate bei der versuchten Investition deutscher Gelder in Holland.

In diesem Zusammenhang sei warnend auf die erhöhte Aktivität holländischer Bankhäuser in Amsterdam, Haag, Rotterdam, Arnheim, Nymwegen hingewiesen, die für den Erwerb „locherer“ und „bespreizender“ Anteilscheine von holländischen Hypothekenschnittlern mit hoch klingendem Namen Stimmung machen.

Die Groß-Plantage bei Muggenturm

Die Tagespresse hat kürzlich berichtet, daß die Groß-Plantage bei Muggenturm (Amt Rastatt), welche durch die Produktion ihres Edelgemüses in weiteren Kreisen bekannt geworden ist, in Aufruf geraten sei.

Die Meldung ist richtig; es hat sich auch die Weiterführung des Betriebes durch die bisherigen Pächter nicht als möglich erwiesen. Nun wäre aber die Fortführung des Unternehmens in der bisherigen Form im allgemeinen Interesse zweifellos zu begrüßen. Die badische Domänenverwaltung, welche Eigentümerin des 165 Hektar großen Gutsgebietes ist, hat deshalb die Abtötung des Muggenturmer Betriebes neu zu verpacken.

Delbohrungen in Baden

Die vor einigen Tagen stattgefundenen Grubenvorstandsitzung der Bugginger Kaliverte hat nach dem „Bad. Beobachter“ neben einer personellen Verschiebung, bei der Finanzminister Dr. Mattes zum stellv. Vorsitzenden und Unterrichtsminister Dr. Schmitt zum Mitglied des Grubenvorstandes gewählt wurden, den für die Zukunft der Werke unter Umständen sehr bedeutungsvollen Beschluß gefaßt, mit den Bohrungen auf El auf der Sohle der 800 Meter tiefen Kalischächte alsbald zu beginnen. Der Vordach-Kali-Konzern, der sich mit dem badischen Staat in den Besitz der beiden badischen Kalischächte teilt — es sind die wertvollsten des ganzen Konzerns — hat mit seinen Ölbohrungen in einem anderen Kalivert, nämlich in Volkensoda in Thüringen, außerordentlichen Erfolg gehabt. Dieses Wert hat heute schon, neben der Kaliförderung, eine Tagesproduktion von Öl von gegen 400 Tonnen, obwohl das gesunde Ölager noch garnicht vollständig erschlossen ist. Aus dieser Ölproduktion allein erhofft man im laufenden Jahr einen Reingewinn von 8 bis 9 Millionen Reichsmark zu erzielen, gerade soviel, wie der Reingewinn der Kaliförderung im vergangenen Jahr im ganzen Konzern betragen hat. Wenn auch die geologischen Verhältnisse in Südbaden wesentlich andere sind als in Thüringen, so geht man doch auch in Buggingen auf Grund der bisherigen Feststellungen mit Zuversicht an das Werk.

Pfarrer Senn darf nicht reden

Der Erzbischof von Freiburg hat nach einer Mitteilung des „Münsterischen Anzeigers“ Redewort für Pfarrer Senn erteilt, der in einer Veranstaltung des katholischen Katholikentages in Münster i. Westf. zu sprechen beabsichtigte.

Aus der badischen Industrie

Zeitweise Stilllegung bei Lang. Die beim Landeskommissar beantragte zeitweise Stilllegung des Betriebes zum 1. November dieses Jahres wird — wie die Firma mitteilt — infolge der Absicherung früher erfolgen müssen. Es ist erneut Antrag beim Landeskommissar gestellt, die Stilllegung bereits ab 26. September zur Durchführung zu bringen.

Stilllegung der Filiale Güttenbach der Babus. Die Badische Althensfabrik Furzwangen hat mit dem 29. August ihre Filiale Güttenbach, die etwa 120 Personen beschäftigte, stillgelegt. Die Fabrikgebäude sind an die Gemeinde übergegangen, die sie an Fabrikant Karl Schab, Arzberg, verpachtet hat, der in Kürze eine Althensfabrik hier eröffnen will.

Gemeinderundschau

Aus den Gemeindeparlamenten

Der Gemeinderat Ladenburg hat, dem Beispiel der anderen Gemeinden folgend, die Abführung des durch das badische Notgesetz vom 9. Juli 1931 der Gemeinde auferlegten Lehrbeitrages an die badische Staatskasse unter Hinweis auf die Bestimmung über Erlass aus Billigkeitsgründen abgelehnt, da Mittel zur Zahlung des Beitrages nicht zur Verfügung stehen und außerdem die Rechtsgültigkeit des ganzen Notgesetzes umstritten ist.

Die letzte Kreisbürgerausschusssitzung sollte sich mit der Wahl der Mitglieder zum Steueraussschuß befassen. Da die Rechtsparteien eine Einheitsliste einreichten, auf der kein Vertreter der Linksparteien vorgesehen war, verließen die Linksparteien geschlossen den Beratungssaal, wodurch der Bürgerausschuß beschlußunfähig und die Sitzung aufgehoben werden mußte.

Der Bürgerausschuß Schopfheim, der am Freitagabend zum erstenmale unter der Leitung des neuen Bürgermeisters Dr. Kiefer tagte, genehmigte nach langer Aussprache einen Nachtrag für die Erstellung von Einfamilienhäusern in Höhe von 21 600 RM., ferner für Reparaturen am Volksschulgebäude, sowie für die Wasserleitung und Schwimmbaderweiterung einen Kredit von 10 000 RM., und zur Umwandlung von kurzfristigen in langfristige Darlehen einen Gesamtbetrag von 168 000 RM. Dr. Kiefer betonte, daß für Schopfheim die kurzfristigen Darlehen eine große Gefahr bedeuteten. Bezugsamt und Sparkasse hatten auf eine solche Umwandlung der Darlehen gedrängt.

Bürgermeisterwahl. In Kettigheim (bei Wiesloch) erhielten Schulmadermeister Anton Göbel 141 Stimmen, Altbürgermeister Valentin Weitz 94 Stimmen, Bürgermeister Gregor Kleinlagel 87 und Kassenrechner Johann Krotz 61 Stimmen. 90 Stimmen waren unglücklich. Wahlberechtigt waren 488 Bürger. 402 Stimmen wurden abgegeben. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erzielte, wird ein 2. Wahlgang in zwei Wochen erforderlich sein.

Aus der Landeshauptstadt

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Am Montag, den 31. August, findet eine geschlossene Vorstellung für die Volksbühne statt. Die nächste öffentliche Aufführung ist am Dienstag, den 1. September, und zwar wird an diesem Abend die erfolgreiche Operette „Peppina“ von Robert Stolz gegeben.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Über Frankreich ist gestern ein Zeitstief herangezogen, das subtropische Luft nach unserem Gebiet förderte. Dabei ist unter gleichzeitiger Ermäßigung der Luftdrucke ausgezogen. Nachmittags traten gewittrige Regenfälle auf, die in Mittelbaden bis zu 45 Liter pro Quadratmeter lieferten. Die bisherige Hochdruckperiode hat jedoch voraussichtlich nur eine vorübergehende Unterbrechung erfahren. Heute früh war es schon vielfach heiter, mit örtlichen Nebelbildungen. Voraussage: Zeitweise leicht bewölkt, in Niederungen Frühnebel, höchstens strichweise noch leichter Regen, Temperaturen wenig verändert. Westliche, später nordöstliche Winde.

Wasserstände: Waldshut 370 minus 15, Wasel 182 minus 12, Schupferringel 257 minus 3, Rehl 390 minus 10, Maxau 606 minus 10, Mannheim 577 minus 24, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der 41. Pioniertag und Denkmalweihe in Rehl. Anlässlich des Pioniertages und der damit verbundenen Denkmalweihe präzentierte sich die Stadt Rehl im schönsten Festkleide. Der Auftakt zu den eigentlichen Veranstaltungen bildete die Weihe des zur Zeit der französischen Besatzung zerstörten und jetzt wieder aufgestellten Kriegerdenkmals von 1870/71, an dessen Sockel die Stadt durch Bürgermeister Dr. Luthmer, der Landesverband Badischer Pioniere, der seinen Vorsitzenden, der Kriegerverein Rehl und der Veteranenverein Rehl je einen Kranz niederlegten. Als Vertreter der alten Armee dankte Oberleutnant a. D. Hünge der Stadt für die Wiedererrichtung des Denkmals.

Nach Eintreffen der ersten Sonderzüge begann im „Bürgerklub“ die Landbestattung, die vom Landesvorsitzenden, Kommandant Biedermann, Karlsruhe, in Gegenwart zahlreicher Ehrengäste und Delegierter eröffnet wurde. Die Beratungen umfaßten den Geschäftsrat und Kassenbericht mit Rechnungsablegung für das Denkmal, ferner Bericht über die Mitgliederbewegung. Stadtkaufmann Schäfer, Rehl, berichtete über das Denkmal, seine Geschichte und seine Kosten (circa 13 000 RM.). Der aufgestellte Etat ist nicht überschritten worden. An den Reichspräsidenten wurde ein Begrüßungsgramm gefaßt. Der 42. Pioniertag im nächsten Jahre soll im Oberland abgehalten werden. In Betracht kommen Donaueschingen und Konstanz. Die Entscheidung bleibt dem Vorstand überlassen. Am 8 Uhr abends fand ein Begrüßungsabend statt.

Am Sonntag wurde ein gemeinsamer Feldgottesdienst im Kasernehof abgehalten. Für die Protestanten sprach Dejan Stengen, Rehl, und für die Katholiken Pfarrer Schimmel, Rehl. Dem Gottesdienst wohnten tausende von Menschen bei. In geschlossenem Zuge ging es dann zu dem bereits aufgestellten Denkmal, wo sich eine große Zuschauermenge eingefunden hatte. Mit dem Aufstellen der alten Bataillonsfahne, welche von zwei ehemaligen Offizieren flankiert war, begann die Weihefeier. Rings um das Denkmal hatten die Vereinskassen in großer Anzahl Auffstellung genommen. Der letzte Friedenskommandeur, Oberst a. D. Eggeling, hielt die Weiherede. Während die Hülle fiel, läuteten die Glocken sämtlicher Kirchen, und Böllerschüsse verkündeten der Bevölkerung, daß der Höhepunkt der Feier erreicht sei. Die tief ergriffene Festversammlung hörte dann das Lied vom guten Kameraden. Nachdem das Deutschlandlied verklungen war, wurden zahlreiche Gränge niedergelegt, darunter einer von der früheren Großherzogin Silda, deren Grube Oberleutnant Hünge übermittelte.

Am 8 Uhr nachmittags bewegte sich ein imposanter Festzug durch die Straßen. In dem aus fünf Rügen bestehenden Festzug, der von einem Veritt Hanauer Reiter und fünf Musikkapellen geführt wurde, bewegten sich 26 Pioniervereine, drei Wasservereine und die hiesigen Kriegervereine. Die ruhmreiche Fahne des alten Bataillons 14, die in einer starken Offiziersgruppe mitgeführt wurde, wurde ehrfurchtsvoll begrüßt. Ehrenmitglieder und Veteranen führten in Automobilen dem Zug voraus.

Der Fall Lacum doch ein Verbrechen?

bl. Mit der Affäre des Heinz v. Lacum wird bekanntlich seit kurzem das Verschwinden des Essighändlers Michael Mekenroth aus Hadenheim in Rheinheffen in Zusammenhang gebracht. Die Version, daß Mekenroth Verberber der Fremdenlegion in die

Hände gefallen sei, ist ungläubhaft. Der Andrang von Zugendliden in die französische Fremdenlegion ist leider so stark, daß eine gewaltsame Werbung nicht erforderlich ist. Bei Mekenroth, der eine gesicherte Existenz hatte, lag zudem gar keine Veranlassung vor, sich dem ungewissen Schicksal eines Fremdenlegionärs auszuliefern. Soweit bisher feststeht, besuchte Mekenroth ein Vergnügen, von dem er nicht wieder zurückkehrte. Es besteht Grund zur Annahme, daß er am 10. August mit Heinz von Lacum, den er ja kannte, zusammenkam und von diesem zu einer Autotour überredet wurde. Die Staatsanwaltschaft hat auch den Fall Mekenroth aufgegriffen und Untersuchungen angestellt, ob Mekenroth etwa mit dem im Auto Verbrannten identisch ist.

Brände in Baden

In Daueneberstein ist das Anwesen des Schmiedemeisters Alois Hertweg niedergebrannt. Vieh und Inventar wurden gerettet. In Berghaupten wurde das Anwesen des Arbeiters Heinrich Lienhard durch Feuer zerstört. — In der Nähe des Jöhrenbühls, auf dem oberen Rosbachhof, entstand Feuer, das das ganze Gebäude samt dem nebenstehenden Schopf innerhalb einer Stunde zerstörte. Der Gesamtschaden beträgt etwa 25 000 RM., für welche Summe der Besitzer, Christian Hildbrand, durch Versicherung gedeckt sein dürfte. Es handelt sich bei dem abgebrannten Gebäude um ein altes Schwarzwaldbaus von 120 Jahren. Die Brandursache ist noch nicht bekannt.

In der Nacht zum Samstag brannte in Allensbach das Wohnhaus samt Ökonomegebäude des Friseurs und Mesners Karl Wehler bis auf den Grund nieder. Nur mit knapper Not konnten die Bewohner das nackte Leben retten; das tote Inventar ist vollständig mitverbrannt. Das Unglück ist um so tragischer, als Wehler das neugegründete Anwesen erst vor sechs Tagen als Eigentum von seiner Mutter übernommen hat. Über die Entstehungsurache verlautet noch nichts Bestimmtes; Kurzschluß wird vermutet.

bl. Baden-Baden, 31. Aug. Am Sonntagvormittag ging wiederum ein schweres Unwetter über das Osttal nieder, das großen Schaden anrichtete. Das Galgenbächle, dessen Ufer nach den letzten Hochwassern wieder instand gesetzt worden waren, führte neuerdings wieder Hochwasser. Die Dose stieg binnen kurzer Zeit um einen Meter und führte Holz und Hausgerät aus Oberbeuern und Lichtental mit sich. Die Freilichtaufführung bei der Stiftskirche (Hofmannsthal's Jodermann) mußte im letzten Augenblick abgesetzt werden, da der offene Zuschauerraum unter Wasser stand. Der Rennplatz in Iffezheim wurde von dem Wolkenbruch besonders böß heimgesucht. Die letzten Rennen waren kaum durchzuführen, die Rennbahn stand vollkommen unter Wasser. Das Publikum flüchtete auf die gedeckten Tribünen und Restaurants, die Totalisator lagen bei den letzten Rennen fast völlig vereinst, denn die Wettenden konnten infolge der Wassermengen nicht zu den Totalisatorstellen gelangen. In Gaggenau schlug um 5 Uhr der Blitz in ein Haus ein. Die rasch herbeigeeilte Feuerwehr konnte aber weiteren Schaden verhindern.

bl. Iffezheim, 30. Aug. Der Schlußtag der Baden-Badener Rennwoche brachte der Iffezheimer Bahn noch einmal einen guten Besuch. Kurz vor Beginn der Hauptentscheidung des letzten Tages, der Badener Meile, setzte ein starker Gewitterregen ein, der bis zum Schluß des Rennens anhielt und vor dem letzten Rennen derartige Formen annahm, daß das Gitternennrennen um eine halbe Stunde verschoben werden mußte. Die Badener Meile brachte mit dem Sieg des Landeswerters Stalles Laotse unter O. Schmidt, der den führenden Volumnius auf der Geraden niederringen konnte, einen überraschenden Erfolg. Die Gewinnerin des Preises von Baden, Erica, als heiße Favoritin, endete hinter Volumnius und Napoleon vollständig geschlagen, auf dem vierten Platz. Den Heidelberger Ausgleich machten die Franzosen unter sich aus. Syram, der das ganze Rennen geführt hatte, wurde vor den Tribünen von Herrn Tillemonts Chassis passiert, der schließlich um Kopfeslänge das Rennen gewann. Auch im Damenpreis, einem Herrenreiten, waren die Ausländer mit Elexhazys Georgeite in Front. Otto Schmidt konnte am Schlußtage nochmals einen beachtenswerten Doppelerfolg davontragen.

Bl. Freiburg i. Br., 30. Aug. Das Reichsbahnbetriebsamt Freiburg teilt folgendes mit: Am Sonntag, 30. August, 6.35 Uhr, fuhr im Bahnhof Waldkirch der einfahrende Personenzug 1504 infolge falscher Weichenstellung auf den auf Gleis 1 haltenden Personenzug 1505 auf. Durch den Aufstoß wurden einige Reisende und ein Jugschaffner leicht verletzt. Die Verletzten wurden von drei sofort erschienenen Ärzten verbunden. Sämtliche Reisende konnten ihre Reise fortsetzen. Der Sachschaden ist gering. Personenzug 1505 erhielt infolge Lokomotivschadens 55 Minuten Verspätung.

Bl. Neustadt i. Schw., 30. Aug. Am Sonntag wurde hier ein Reit- und Fahrturnier ausgetragen, das bei der Bevölkerung großes Aufsehen fand.

bl. St. Blasien, 29. Aug. Nach längerem Leiden starb Generaldirektor Otto Fohlan, der 34 Jahre lang dem Sanatorium St. Blasien G. m. b. H., als oberster Leiter vorstand.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	31. August		27. August	
	Reich	Devisen	Reich	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.74	170.08	169.75	170.09
Kopenhagen 100 Kr.	112.54	112.76	112.51	112.73
Italien . . . 100 L.	—	—	22.02	22.06
London . . . 1 Pf.	20.463	20.503	20.461	20.501
New-York . . . 1 D.	—	—	—	—
Paris . . . 100 Fr.	—	—	—	—
Schweiz . . . 100 Fr.	81.92	82.06	81.81	82.07
Wien 100 Schilling	59.17	59.29	59.15	59.27
Prag . . . 100 Kr.	—	—	12.471	12.491

Nächste Woche Diskontsentung. Da die Ultimobeaufpruchung der Reichsbank sich voraussichtlich in normalen Bahnen bewegen wird, und auch die Stillhalterverhandlungen ein gutes Stück weiter gefördert sein werden, wird sich, wie die „Germania“ erfährt, die Reichsbank nach Bekanntgabe des Ultimobeaufweises, die am 2. September erfolgen wird, mit der Frage einer neuen Diskontsentung beschäftigen. Beschlässe des Reichsbankdirektoriums sind bisher noch nicht gefaßt worden, weshalb sich auch über das Ausmaß der neuen Diskontsentung noch nichts sagen läßt.

Die Indeziffer der Großhandelspreise am 26. August 1931. Die vom Stat. Reichsamt für den 26. August berechnete Indeziffer der Großhandelspreise ist mit 110,0 gegenüber der Vorwoche um 0,7 v. H. gesunken. An diesem Rückgang sind die Indeziffern für alle Hauptgruppen beteiligt: Agrarstoffe 103,6 (minus 1,5 v. H.), Kolonialwaren 94,6 (minus 0,9 v. H.), industrielle Rohstoffe und Halbwärter 101,1 (minus 0,2 v. H.), industrielle Fertigwaren 135,4 (minus 0,2 v. H.).

Zentralhandelsregister für Baden

Achern. B.52
Handelsregister eintrag zur Firma „Früh & Co., Großweier“. Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen.
Achern, 29. Juli 1931.
Bad. Amtsgericht.

Achern. B.61
Handelsregister eintrag zu Acherner Frühgemüsebau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Sitz Achern: Die Vertretungsbefugnis des Dr. Ernst Gimbel ist beendet. Kaufmann Karl Krupf in Achern ist als Geschäftsführer bestellt.
Achern, 27. Juli 1931.
Bad. Amtsgericht.

Adelsheim. B.73
Handelsregister A Bd. I O.-R. 78 wurde bei der Firma Karl Draug, Werkzeugfabrik, Adelsheim, eingetragen: Die Firma ist erloschen.
Adelsheim, 23. Juli 1931.
Amtsgericht.

Baden-Baden. B.34
Handelsregister eintrag Abt. B Bd. III O.-R. 12: Firma Thiergärtner, Maurer & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Baden-Baden. Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. März 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist die Ausführung von heiztechnischen und sanitären Arbeiten aller Art, die Anfertigung von Projekten und Gutachten über solche Arbeiten, speziell auch auf dem Gebiet künstlicher Einrichtungen, ferner der Handel mit Apparaten und Einrichtungen für solche Arbeiten. Die Gesellschaft ist berechtigt, zu ähnlichen Zwecken Zweigniederlassungen zu errichten, sich an gleichartigen Gesellschaften zu beteiligen oder solche ins Leben zu rufen. Stammkapital 20 000 Reichsmark. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer vertreten. Der einzelne Geschäftsführer ist zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Geschäftsführer sind: Eugen Maurer, Ingenieur, Heinrich Unbescheiden, Ingenieur, beide in Baden-Baden. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Reichsanzeiger.
Baden, 24. Juli 1931.
Bad. Amtsgericht. I.

Bühl. B.67
Handelsregister eintrag: Firma Kurhaus Hundesb., Hammer & Maushart, Hundesb., Gem. Ottersweier: Ein Kommanditist

ist aus der Gesellschaft ausgeschieden.
Bühl, 8. Aug. 1931.
Amtsgericht.

Freiburg i. Br. B.56
Handelsregister Freiburg. A Band X O.-R. 147: Firma Marien-Apothek, Artur Brandstätter, Inhaber ist Artur Brandstätter, Apotheker in Freiburg-Gaslach. Am 20. Juli 1931.
A Band III O.-R. 42: Firma Otto Sadereit in Freiburg i. Br. ist erloschen. Am 27. Juli 1931.
A Band X O.-R. 136: Firma „Heim und Volk“, Kommanditgesellschaft Mahler & Cie. in Freiburg i. Br.: Ein Kommanditist ist neu eingetreten, ein Kommanditist ist ausgeschieden. Am 29. Juli 1931.
A Band I O.-R. 139: Firma Silas Meyer's Söhne in Freiburg: Inhaber ist jetzt Arthur Epstein, Kaufmann in Lörrach. Die Niederlassung ist nach Lörrach verlegt. Am 30. Juli 1931.
A Band X O.-R. 95: Firma Hans Deibert in Freiburg i. Br. ist erloschen. Am 30. Juli 1931.
B Band VI O.-R. 86: Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Freiburg i. Br.: Zu Prokuristen der Hauptniederlassung und deren Zweigniederlassungen sind bestellt mit der Befugnis, die Gesellschaft gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied oder einem anderen Prokuristen zu vertreten: 1. Dr.-Ing. Ernst Rühl in Frankfurt a. M., 2. Dr.-Ing. Kurt Lent in Frankfurt a. M. Die Prokura von Johann Burgard ist erloschen. Kommerzienrat Dr.-Ing. e. h. Otto Meyer ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Am 27. Juli 1931.
B Band I O.-R. 85: Firma Süddeutsche Feinmehl-Fabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg i. Br.: Die Vertretungsbefugnis des Liquidators ist beendet, die Firma erloschen. Am 29. Juli 1931.

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Steinlieferung zum Rheinbau.
Bad. Rheinbauamt Freiburg vergibt in öffentlicher Verbindung die freie Lieferung von rund 2700 cbm Rheinbausteine auf die Lagerplätze und Uferbauten am Rhein in 6 Losen, wobei auch in Teilmengen angeboten werden kann. Die Angebote, mit Aufschrift „Steinlieferung“ versehen, sind verschlossen und postfrei bis Donnerstag, den 24. September 1931, vormittags 10 Uhr, auf dem Geschäftszimmer des Rheinbauamtes Freiburg, Thurnseckstr. 16, einzureichen, wo um diese Zeit die Eröffnung der Angebote stattfindet. Die Bedingungenbedingungen, welche nicht abgegeben werden, liegen hier und bei den Wasserbauinspektoren in Reichenburg, Weisbach und Weisweil zur Einsicht auf, auch können daselbst Leistungsverzeichnisse in Empfang genommen werden.
Zuschlagsfrist: 24. Oktober 1931.
R.614

Commer-Operette im Stadt. Konzerthaus
Dienstag, den 1. Sept. 1931
Peppina
Operette von Robert Stolz
Dirigent: Bilger
Regie: Reifner
Mitwirkende:
Reberer, Schmitzer, Jani, Macher, Seibold, G. Röser, E. Rivinius
Anfang 20 Ende 23
Preis 1-4 Mk
Mi. 2.9. Peppina. Do. 3.9. Peppina. Fr. 4.9. Peppina. Sa. 5.9. Peppina. So. 6.9. Zu kleinen Preisen: nachmittags: Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren. Abends: Zu kleinen Preisen: Die lustige Witwe.

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Freiburg. B.62
Handelsregister Abt. B Band IV O.-R. 110: zur Firma Johann Staab Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg: Johann Staab ist als Geschäftsführer abberufen. Richard Feiler, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Abt. A Band IV O.-R. 10: zur Firma Mayer

Bücherrevisoren und Treuhänder
Otto Marx L.334
beidseitiger Bücherrevisor und kaufm. Sachverständiger für den Bezirk der Handelskammer Karlsruhe (Baden)
Badischer Handelshof, Fernsprecher 4762
Revisionen / Buchanlagen / Steuerberatungen / Gutsachten Sanierungen / Gerichtliche und außergerichtliche Vergleicheliquidationen / Vermögens- und Hausverwaltungen.
Theodor Theissen, Karlsruhe
Kaiserstraße 175 Telephone 4922
Büro für kaufmännische Beratung
Revisionen / Bilanzen / Verträge
Bearbeitung von Aufwertungsangelegenheiten
Auskunftei L.332
Bücherrevision
L.333
Steuerberatung
Neuerrichtung, Fortführung u. Überwachung von Buchführungen, Abchlüsse u. Bilanzaufstellung, Sanierungen, außergerichtliche u. gerichtliche Vergleicheliquidationen.
Paul Glässer
Bücherrevisor und kaufmännischer Sachverständiger, Zugelassen zur Vertretung bei den Finanzämtern
Kaiserstr. 199 b. Waldstr. Fernspr. 3102